



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 18.2.2026
COM(2026) 82 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Mitteilung zu den östlichen Regionen der EU an der Grenze zu Russland, Belarus und
der Ukraine**

Starke Regionen für ein sicheres Europa

„Ich konnte das in der vergangenen Woche mit eigenen Augen sehen, als ich in die Mitgliedstaaten an der Ostgrenze gereist bin. Sie kennen die russische Bedrohung am besten. Und ohne jeden Zweifel kann man sagen: Die Länder im europäischen Osten schützen ganz Europa.“ Ursula von der Leyen, Rede zur Lage der Union 2025

Nun, da der groß angelegte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in sein fünftes Jahr geht, hängt unsere gemeinsame Sicherheit unmittelbar von der Stärke, Widerstandsfähigkeit und Stabilität der an Russland, Belarus und die Ukraine angrenzenden östlichen Regionen ab¹². Die Herausforderungen durch Russland und Belarus sind zahlreich, darunter hybride Bedrohungen, Migration als Waffe, Verletzungen des Luftraums durch Drohnen und Kampfjets, Funkfrequenzstörungen, insbesondere das Stören und Spoofing globaler Satellitennavigationssysteme (GNSS), Cyberangriffe, Sabotage des Luftverkehrs sowie der Land- und Unterseeinfrastruktur, wie wiederkehrende Schäden an Unterwasserkabeln³, Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und feindselige Rhetorik zeigen.

Darüber hinaus sind diese Regionen im EU-weiten Vergleich besonders stark von **demografischem Druck** betroffen. So ist die Bevölkerung in einigen Regionen in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 17 % geschrumpft. Insgesamt verzeichneten die östlichen Grenzregionen zwischen 2016 und 2025 einen durchschnittlichen Bevölkerungsrückgang von 2,6 %, verglichen mit einem Bevölkerungswachstum von 1,2 % in der EU insgesamt. Niedrige Geburtenraten, eine alternde Bevölkerung und Auswanderung – verstärkt durch erhöhte Sicherheitsrisiken, wirtschaftlichen Abschwung und damit verbundene Unsicherheit – haben zur beschleunigten Abwanderung junger, gut ausgebildeter und qualifizierter Menschen geführt. Dies hat den Bevölkerungsrückgang noch verschärft, was zu Arbeitskräftemangel, geschwächten öffentlichen Finanzen und der Einstellung oder Einschränkung wesentlicher Dienste geführt hat. Wird dem nicht entgegengewirkt, besteht die Gefahr, dass der Bevölkerungsschwund zu einem langfristigen und unumkehrbaren Zustand wird und die Widerstandsfähigkeit der Regionen und Mitgliedstaaten gegenüber Krisen und Sicherheitsbedrohungen verringert wird.

Angesichts dieser Bedrohungen und dieses Drucks beweisen diese Regionen jedoch Anpassungsfähigkeit und **verwandeln** strukturelle **Schwächen in strategische Vorteile**. So werden sie für das übrige Europa zu einer starken Inspirationsquelle. Sie zeigen, dass Innovation gedeihen kann, Solidarität vertieft werden kann und – selbst in schwierigen Zeiten – Zusammenarbeit und Entschlossenheit Fortschritt und Einheit vorantreiben können.

Wichtige Eckdaten zu den östlichen Regionen der EU mit einer Landgrenze zu Russland, Belarus und der Ukraine:

- *Die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten haben ausgedehnte Landgrenzen zu Russland und Belarus: Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen haben zusammen eine 3 646 km lange Grenze zu den beiden Ländern (25 % der gesamten europäischen Landaußengrenzen); davon entfallen 1 346 km auf Finnland, 340 km auf Estland, 453 km auf Lettland, 893 km auf Litauen und 614 km auf Polen.*

Polen, die Slowakei, Ungarn und Rumänien haben eine insgesamt 1 372 km lange Landgrenze zur Ukraine (10 % der gesamten Landaußengrenzen der EU).

Wichtige Eckdaten zu den EU-Regionen mit einer Seegrenze zur Ukraine:

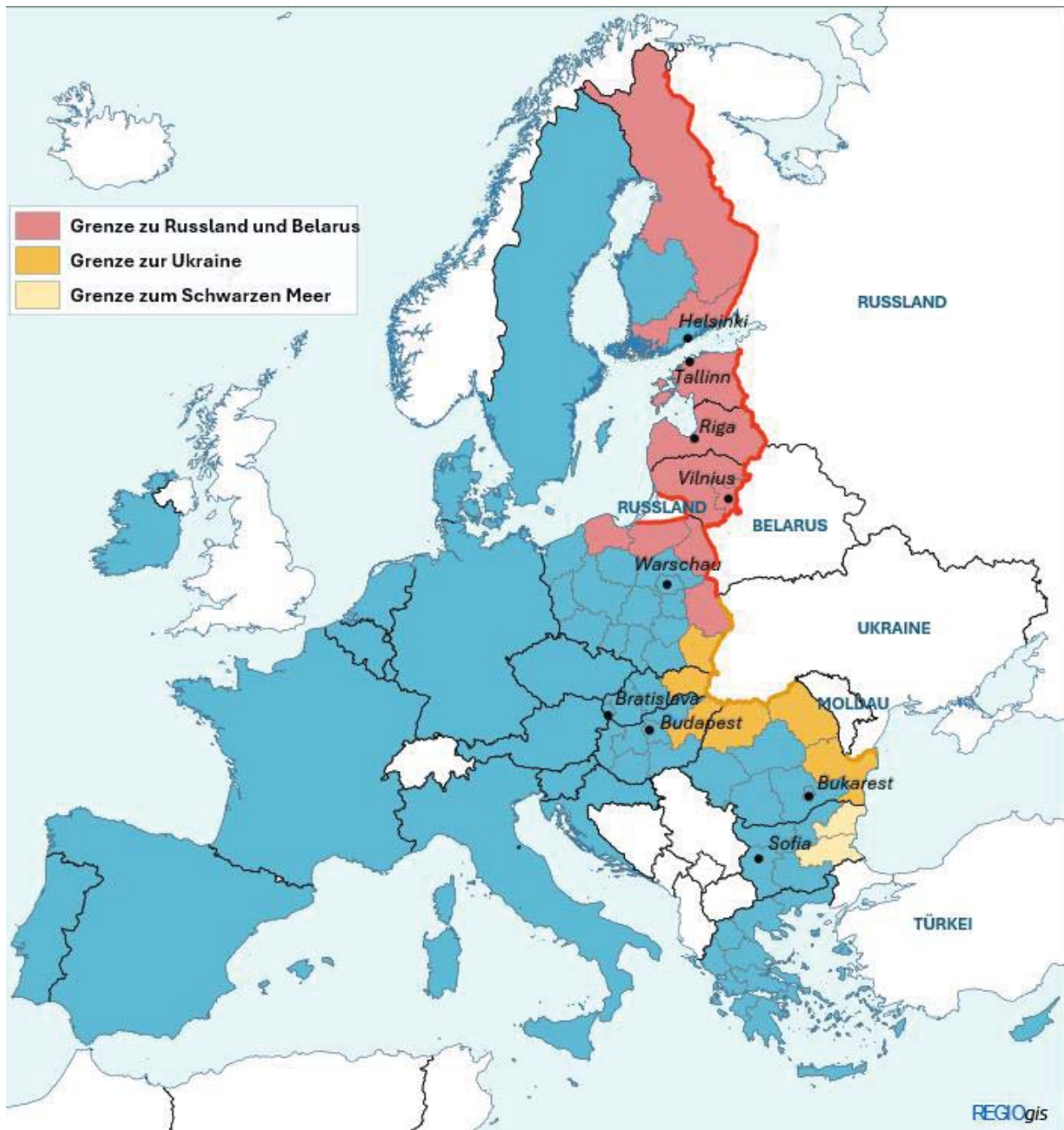
¹ „Die Grenzen der östlichen Grenzregionen sind keine nationalen, sondern europäische Grenzen. Was wir in diesen Regionen tun, ist für die Verteidigung unserer gemeinsamen europäischen Werte von entscheidender Bedeutung. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass sich die Menschen in diesen Regionen sicher, geschützt und unterstützt fühlen und Zugang zu guten Arbeitsplätzen, hochwertiger Bildung und Dienstleistungen haben.“ Raffaele Fitto auf der hochrangigen Konferenz der östlichen Grenzregionen der EU im Juni 2025 in Białowieża (Polen).

² Für die Zwecke dieser Mitteilung bezeichnet der Ausdruck „östliche Grenzregionen“ die an Russland, Belarus oder die Ukraine angrenzenden Regionen.

³ EU-Aktionsplan für Kabelsicherheit, JOIN(2025) 9 final

- Die Schwarzmeerküste von Rumänien und Bulgarien ist insgesamt mehr als 600 km lang und grenzt an das Schwarzmeerbecken an, in dem auch die Grenze zur Ukraine und Russland verläuft.

Die Grenze der EU zu Russland, Belarus und der Ukraine verläuft entlang von Regionen in neun Mitgliedstaaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien).



Die Regionen, die am stärksten von der Verschlechterung des Sicherheitsumfelds und einem erhöhten Risiko konventioneller Militärfaktionen betroffen sind, sind die Regionen an der Außengrenze zu Russland und Belarus (siehe vorstehende Karte, auf der die Regionen auf NUTS-2-Ebene dargestellt sind). Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und das feindselige Verhalten von Russland und Belarus haben zu Beschränkungen des Grenzübertritts geführt und grenzüberschreitende Aktivitäten zum Stillstand gebracht. Infolgedessen wurden der grenzüberschreitende Handel und Verkehr sowie der wichtige wirtschaftliche Austausch fast

vollständig unterbrochen, was schwerwiegende Auswirkungen auf die lokalen Gemeinschaften und generell auf die betroffenen Mitgliedstaaten hat. Die Sicherheitsbedingungen haben sich verschlechtert – besonders kritisch ist die Lage in den Mitgliedstaaten mit einer Grenze zu Russland, das seine rechtswidrige Invasion der Ukraine fortsetzt. Von der EU finanzierte grenzübergreifende Projekte mit Russland und Belarus wurden aufgrund des Zusammenbruchs der Beziehungen ausgesetzt. Der jüngste Einsatz von Wetterballons für den Transport illegaler Zigaretten von Belarus nach Litauen⁴ und Polen macht deutlich, wie sich kriminelle Organisationen auf die neue Lage einstellen, um ihre illegalen Aktivitäten fortzuführen.

Die an die **Ukraine** angrenzenden Regionen stehen ebenfalls vor großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, darunter ein Zustrom von Vertriebenen, Störungen des Handels, Schmuggel verbrauchsteuerpflichtiger Waren, insbesondere von Tabakerzeugnissen, und eine Verschlechterung des Wohnraumbestands sowie der Gesundheits- und Sozialdienste. Darüber hinaus wuchs durch den umgeleiteten Frachtverkehr der Druck auf das regionale Logistiknetz. Die Verminung des Schwarzen Meeres führte zu höheren Transportkosten und Störungen der lokalen Fischerei in den angrenzenden EU-Regionen. Die Solidaritätskorridore zwischen der EU und der Ukraine haben entscheidend dazu beigetragen, die Blockade ukrainischer Schwarzmeer-Ausfuhrtrouten abzufedern, die Handelsströme aufrechtzuerhalten und von der EU geförderte Infrastrukturinvestitionen zu erleichtern. Außerdem wird die dauerhafte Unterstützung durch die EU und ihre Mitgliedstaaten in Verbindung mit dem erwarteten künftigen Beitritt der Ukraine zur Stabilisierung und Stärkung der EU-Regionen entlang dieser Grenze beitragen.

Aus den jüngsten Analysen geht hervor, dass **die Mitgliedstaaten an der östlichen Außengrenze** aufgrund der wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs ein **langsames BIP-Wachstum und eine höhere Inflation verzeichnen**. Der Medianwert der harmonisierten Verbraucherpreisinflationsrate in den Mitgliedstaaten entlang der östlichen Außengrenze lag rund 3,7 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt, während im Zeitraum 2022-2023 das durchschnittliche jährliche BIP-Wachstum 1,9 Prozentpunkte unter der Projektion für die EU lag⁵. Diese Situation hat sich durch höhere Fremdkapitalkosten, geringere Investitionen und niedrigere Verbraucherausgaben noch verschärft und führte gleichzeitig zu einem Anstieg der Verteidigungsausgaben. Vor dem Krieg entfielen mehr als 30 % der Maschinenausfuhren Litauens, mehr als 40 % der Ausfuhren von verarbeiteten Lebensmitteln aus Lettland und rund 50 % der Holzeinfuhren Finnlands auf Russland. Seit Beginn des Konflikts haben strengere Grenzkontrollen und Sanktionen zu Störungen des Handels geführt und die Volkswirtschaften der östlichen Grenzregionen erheblich beeinträchtigt. Darüber hinaus gingen die Übernachtungen ausländischer Touristen in den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten um etwa 10 bis 35 % zurück, während das Schienengüterverkehrsaufkommen um ganze 75 bis 80 % abnahm. Die höhere Energieintensität und größere Abhängigkeit von russischem Öl und Gas dieser Mitgliedstaaten verschärfte den durch Energie- und Lebensmittelpreisspitzen verursachten Schock und trieben die Inflation auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr gesehenes Niveau. Diese Auswirkungen machten sich auch in EU-Mitgliedstaaten mit einer Schwarzmeerküste wie Bulgarien bemerkbar und hatten wirtschaftliche Folgen, die zu einem insgesamt langsameren Wachstum und einer höheren Inflation beigetragen haben.

Gleichzeitig verfügen die östlichen Grenzregionen über wichtige Trümpfe, nicht nur in Bezug auf etablierte Industrien, Land- und Forstwirtschaft, aufstrebende Technologiezentren, Bildungseinrichtungen und einzigartige natürliche Ressourcen, sondern auch mit Blick auf die Resilienz ihrer Bevölkerung.

In dieser **Mitteilung** wird die Entschlossenheit der Kommission bekräftigt, die östlichen

⁴ Im Jahr 2025 haben die litauischen Behörden 600 in Belarus gestartete Schmuggelballons abgefangen.

⁵ EU-Wirtschaftsprognose – Herbst 2025.

Grenzregionen angesichts ihrer Bedeutung und Relevanz für die kollektive Sicherheit und den Wohlstand der EU zu unterstützen. Darin wird eine erste Reihe von Maßnahmen vorgestellt, die diese Regionen nach dem Willen der Kommission bei der Bewältigung der spezifischen und beispiellosen Herausforderungen, vor denen sie stehen, unterstützen sollen. Sie hat ein solides Fundament: die Anerkennung der Bedeutung der Regionen in der **Rede zur Lage der Union**, die **Aufforderung zur Stellungnahme**⁶ und die enge **Zusammenarbeit** mit nationalen Verwaltungen, Regionen, Gemeinden sowie dem öffentlichen und privaten Sektor. Außerdem baut sie auf mehreren Initiativen für diese Regionen auf, insbesondere auf den inklusiven und partizipativen Prozessen der Interreg-Programme sowie auf der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen und auf Initiativen, die in Zusammenarbeit mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Weltbankgruppe durchgeführt werden.

Im Rahmen der vorbereitenden Outreach-Maßnahmen und der Aufforderung zur Stellungnahme wiesen Interessenträger aus diesen Regionen auf die akuten Herausforderungen hin, mit denen sie konfrontiert seien, und betonten die Notwendigkeit einer gezielten Unterstützung, einschließlich Finanzhilfen, und sowie einer koordinierten Reaktion. Folglich ist ein umfassendes Maßnahmenpaket auf allen Ebenen – von der lokalen bis zur europäischen Ebene – erforderlich^{7,8,9}.

Bei der Umsetzung der in dieser Mitteilung beschriebenen Initiativen wird sich die Kommission von der Einhaltung der gemeinsamen Werte der EU, insbesondere der Rechtsstaatlichkeit, durch die betreffenden Mitgliedstaaten leiten lassen.

Laufende Bemühungen und Unterstützung

Seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine gewährt die EU den östlichen Grenzregionen politische, technische und finanzielle Unterstützung, insbesondere im Rahmen der **Kohäsionspolitik** und der **Gemeinsamen Agrarpolitik** (GAP). Diese Maßnahmen spielen eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Infrastruktur, der Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz, der Förderung der Kompetenzentwicklung, der Förderung von Beschäftigung und sozialer Inklusion, der Gewährleistung einer nachhaltigen Landwirtschaft und der Verbesserung der Krisenvorsorge und -reaktion. So wurde beispielsweise die Agrarreserve zugunsten einiger östlicher Grenzregionen mobilisiert.

In der **Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik**¹⁰, die im Rahmen der laufenden Bemühungen zur Anpassung der EU-Investitionen an sich wandelnde Herausforderungen eingeleitet wurde, wurden wichtige Prioritäten von unmittelbarer Bedeutung für die östlichen Grenzregionen ermittelt: Verteidigungsfähigkeit und zivile Vorsorge, Wettbewerbsfähigkeit, Energie, erschwinglicher Wohnraum und Resilienz der Wasserversorgung. Ihrer besonderen Situation wurde mit gezielten Maßnahmen Rechnung getragen, darunter eine Erhöhung der Vorfinanzierung um 9,5 % und ein höherer Kofinanzierungssatz von 10 % für Programme in diesen Regionen.

*Die Mitgliedstaaten entlang der Ostgrenze haben von dieser Flexibilität im Rahmen der **Halbzeitüberprüfung** umfassend Gebrauch gemacht, wie die erheblichen Mittelzuweisungen für Sicherheit und Resilienz zeigen. **Finnland** und **Estland** planen derzeit beträchtliche Beträge für*

⁶ 249 Antworten, die zwischen dem 7. August und dem 18. September 2025 eingegangen sind und auf dem Portal „Ihre Meinung zählt“ der Kommission einsehbar sind: [Aufforderung zur Stellungnahme](#).

⁷ Entschließung des Europäischen Parlaments zur Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Kommission, Exekutivagenturen und Europäischer Entwicklungsfonds, Empfehlung 40.

⁸ [BERICHT über die Stärkung der ländlichen Gebiete in der EU durch die Kohäsionspolitik A10-0092/2025 | Europäisches Parlament](#).

⁹ Rede von Exekutiv-Vizepräsident Fitto auf der hochrangigen Konferenz der östlichen Grenzregionen der EU in Białowieża (Polen).

¹⁰ Verordnung (EU) 2025/1914; Verordnung (EU) 2025/1913.

*die Verteidigungsindustrie und die militärische Mobilität um. **Lettland** stellt erhebliche Ressourcen für die Verteidigungsinfrastruktur, die militärische Mobilität und Notunterkünfte bereit. **Litauen** weist Teile seines fondsübergreifenden Programms seinem Verteidigungssektor, kritischen Infrastrukturen, der Ausbildung in den Bereichen Katastrophenvorsorge und -schutz sowie der militärischen Mobilität zu. In **Polen** planen die östlichen Regionen umfangreiche Investitionen zur Unterstützung der zivilen Vorsorge, der Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck, der Verteidigungsindustrie sowie der Wasser- und Energiesicherheit. Die neuen Investitionen umfassen auch den Schutz kritischer Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Wasseraufbereitungsanlagen und Energiegeneratoren in öffentlichen Gebäuden. Mit den kürzlich umgeschichteten Mitteln fördert die **Slowakei** Verteidigung, Sicherheit und zivile Vorsorge, während **Ungarn** und **Rumänien** in die militärische Mobilität investieren. **Bulgarien** nimmt eine Umschichtung vor, um strategische Sektoren zu unterstützen, seine industriellen Kapazitäten zu verbessern sowie Verteidigungstechnologien und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck zu entwickeln und herzustellen.*

Der **Fonds für einen gerechten Übergang** (JTF) lenkt rund 19,3 Mrd. EUR in Regionen, die besonders stark vom Übergang zur Klimaneutralität betroffen sind. 10,1 Mrd. EUR (mehr als die Hälfte dieser Mittelzuweisung) kommen den neun an Russland, Belarus und die Ukraine angrenzenden Ländern zugute. Mehrere Regionen entlang der Ostgrenze erhalten somit direkte Unterstützung.

Die **Interreg**-Programme verbessern die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit und den Austausch bewährter Verfahren im Bereich der Resilienz sowie die Vernetzung von Industrie und Wissenschaft, um Qualifikationslücken bei Cybersicherheit und Verteidigung zu schließen. Zu Beginn des russischen Angriffskriegs setzte die Kommission unverzüglich die Interreg-Programme mit Russland und Belarus aus, was dazu führte, dass **150 Mio. EUR** für interne Kooperationsprogramme und **160 Mio. EUR** für externe Kooperationsprogramme mit der Ukraine und Moldau **umgeschichtet** wurden. Darüber hinaus wurden gezielte Aufforderungen und spezifische Unterstützung für potenzielle Begünstigte aus diesen Regionen umgesetzt. Die Interessenträger hielten diese Maßnahmen zwar für sehr hilfreich, doch konnten die negativen Auswirkungen, die sich aus der Aussetzung bestimmter Interreg-Programme ergaben, durch diese Maßnahmen nicht vollständig ausgeglichen werden.

Unterstützung wurde auch über viele andere Instrumente und Programme bereitgestellt. Die **Aufbau- und Resilienzfazilität** (ARF) trägt zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten, zum Aufbau von Konnektivitätsinfrastrukturen, zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Erleichterung des wirtschaftlichen Übergangs entlang der Ostgrenze der EU bei. In den Aufbau- und Resilienzplänen der betreffenden Mitgliedstaaten wurden rund 14,5 Mrd. EUR für Investitionen in diesen Bereichen bereitgestellt. Diese Investitionen gehen mit entsprechenden Reformen einher, die das Wirtschaftswachstum zusätzlich ankurbeln.

Weitere 170 Mio. EUR im Rahmen des **Instrumentes für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik** werden den an Russland und Belarus angrenzenden Mitgliedstaaten für die Modernisierung der Überwachungssysteme, der Telekommunikation und der Drohnenabwehrkapazitäten zur Verfügung gestellt. Ergänzend zu diesen Bemühungen bieten das **EU-Weltraumprogramm** und das **Programm der Union für sichere Konnektivität** sichere und widerstandsfähige weltraumgestützte Dienste, die sowohl unter normalen als auch unter beeinträchtigten Bedingungen wirksam funktionieren. Durch fortschrittliche Satellitenkonnektivität, hochentwickelte Galileo-Dienste zur Unterstützung präziser Ortung, Navigation und Zeitsynchronisation sowie Erdbeobachtungsfähigkeiten gewährleistet die EU kontinuierliche und präzise Operationen, die die Autonomie und Lageerfassung verbessern und gleichzeitig wertvolle Daten für den lokalen und regionalen Bedarf bereitstellen.

Landwirtschaft, Lebensmittelerzeugung, Forstwirtschaft und Gemeinschaften in diesen überwiegend ländlichen Regionen werden durch die GAP unterstützt, um das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe sicherzustellen, nachhaltige Verfahren zu fördern und die Entwicklung des ländlichen Raums zu stärken. **LEADER** und Europäische Innovationspartnerschaften fördern Bottom-up-Innovationen und verbessern die Produktivität und die Lieferketten. Um die negativen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Fischerei-, den Aquakultur- und den Verarbeitungssektor abzumildern, wurden auch im Rahmen des **Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds** spezifische Maßnahmen für finanzielle Unterstützung im Krisenfall eingeführt.

Horizont Europa finanziert Forschung in einer Vielzahl von Bereichen, darunter Energie, Verkehr, Agrarökologie, Resilienz der Wasserversorgung, Lebensmittelsysteme und Bioökonomie, und trägt gleichzeitig zur Stärkung regionaler Innovationsökosysteme bei.

Das **Instrument für technische Unterstützung** und die **Initiative „Catching-up Regions“** bieten zusätzliche Hilfe beim Aufbau von Verwaltungskapazitäten und bei der Beseitigung von Wachstumsengpässen.

Der **digitale Wandel** in diesen Regionen wurde durch das **Europäische Netz der Breitbandkompetenzbüros** unterstützt, das technische Hilfe bereitstellt und bewährte Verfahren zur Stärkung der digitalen Infrastruktur und zur Überbrückung der digitalen Kluft verbreitet. Die **Europäischen Digitalen Innovationszentren** (EDIH) leisten ebenfalls einen Beitrag zur Stärkung der Ostflanke der EU und zur Unterstützung der Ukraine.

Die Kommission stärkt in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst zudem die Widerstandsfähigkeit gegen **Desinformation**. Mit dem kürzlich angenommenen **Europäischen Schutzschild für die Demokratie**¹¹ verstärkt die EU ihre Bemühungen, den Kapazitätsaufbau voranzutreiben und koordinierte Maßnahmen zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sowie von Desinformationskampagnen zu unterstützen. Diese Maßnahmen werden durch das neue **Europäische Zentrum für demokratische Resilienz** unterstützt.

Darüber hinaus fördern die **Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien** und ihre nationalen und regionalen Knotenpunkte Faktenprüfung und Medienkompetenz an der östlichen Grenze. Mit FACT (Bekämpfung von Verschwörungen und Trollen) wurde ein neuer Knotenpunkt dieser Beobachtungsstelle eingerichtet, um die Ukraine und die Republik Moldau sowie die am stärksten der Informationsmanipulation durch Russland ausgesetzten Mitgliedstaaten zu unterstützen. Im Rahmen von **Erasmus+** und **Kreatives Europa** werden Projekte in den Bereichen digitale Kompetenz, bürgerschaftliches Engagement und kulturelle Zusammenarbeit entwickelt.

Im Rahmen der **Fazilität „Connecting Europe“ – Verkehr** wurden **9,1 Mrd. EUR** bereitgestellt, **um die östlichen Grenzregionen** durch strategische Investitionen in den Bereichen Konnektivität und Sicherheit **zu unterstützen**. Dazu gehören beschleunigte grenzüberschreitende Verbindungen des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) entlang des Korridors Ostsee-Schwarzes Meer-Ägäisches Meer und des Nordsee-Ostsee-Korridors, einschließlich 800 Mio. EUR für Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck. Um die militärische Mobilität zu verbessern und die wirtschaftliche Integration zu stärken, unterstützen Investitionen in Finnland und den baltischen Staaten zudem die Entwicklung der europäischen Standardspurweite. Während die Verbindungen zu Russland und Belarus heruntergefahren wurden, stärkte die EU die Konnektivität und Integration der östlichen Grenzregionen innerhalb Europas sowie die grenzüberschreitende Konnektivität mit der Ukraine und Moldau durch die Bereitstellung von 1,36 Mrd. EUR für die an diese Bewerberländer angrenzenden Regionen.

¹¹ JOIN(2025) 791.

Im Rahmen der oben genannten Unterstützung trugen die kohäsionspolitischen Programme in Verbindung mit der Fazilität „Connecting Europe“ – Verkehr ferner zu der für die ukrainische Wirtschaft lebenswichtigen **EU-Initiative „Solidaritätskorridore“** bei, indem wichtige Infrastrukturen in den EU-Mitgliedstaaten mit rund 2 Mrd. EUR unterstützt wurden, um die grenzüberschreitende Konnektivität im Straßen- und Schienenverkehr, einschließlich der Schiffbarkeit der Donau und des Ausbaus der Kapazitäten an wichtigen Grenzübergängen und Häfen wie Constanța, zu stärken. Darüber hinaus stellt der Korridor Ostsee-Schwarzmeer-Ägäisches Meer eine strategische Ausweitung des TEN-V auf die Ukraine und die Republik Moldau dar und unterstützt deren schrittweise Integration in das Verkehrs- und Logistiksystem der Union.

Im Energiebereich wurden die Mitgliedstaaten an der östlichen Außengrenze¹² seit 2014 mit 3 Mrd. EUR aus der **Fazilität „Connecting Europe“** unterstützt. Durch die Unterstützung von 57 Vorhaben von gemeinsamem Interesse hat die Fazilität erheblich dazu beigetragen, die Konnektivität der östlichen Grenzregionen zu verbessern.

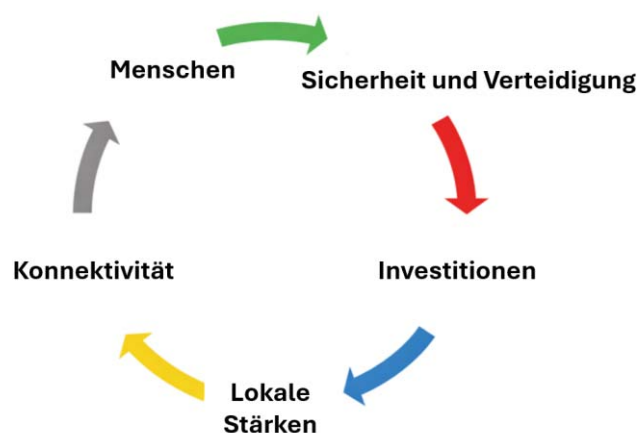
Mit dem Programm **EU4Health** wird die Resilienz der östlichen Grenzregionen unterstützt, etwa durch die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für vertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer sowie durch die Förderung der Krisenvorsorge bei gesundheitlichen Notlagen und der grenzübergreifenden Reaktion auf Bedrohungen.

Das **Katastrophenschutzverfahren der Union** unterstützt und ergänzt – insbesondere über das **Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen** – die Bemühungen der Mitgliedstaaten während des gesamten Katastrophenrisikomanagementzyklus (Prävention, Vorsorge und Reaktion) sowohl bei Naturkatastrophen als auch bei vom Menschen verursachten Krisen.

Stärkere Unterstützung für die östlichen Grenzregionen

Diese Bemühungen haben eine wichtige Grundlage geschaffen, doch angesichts einer veränderlichen Lage bleiben **kontinuierliche und entschlossenere Maßnahmen** unerlässlich, um die Stabilität und den Wohlstand unserer östlichen Grenzregionen zu gewährleisten.

In **fünf Kernbereichen** sind weitere Maßnahmen erforderlich: i) **Sicherheit und Verteidigung**, ii) Sicherung von **Investitionen**, iii) Nutzung der **lokalen Stärken** der Regionen, iv) Verbesserung der **Konnektivität**, v) Fokussierung auf die **Menschen**, da die Resilienz einer Region von der Stärke ihrer Gemeinschaften abhängt.



¹² Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien.

1. Sicherheit und Resilienz – Schutz, Abschreckung und Bestärkung

Die wachsende Zahl feindseliger Zwischenfälle im Gebiet der EU macht deutlich, dass **hybride Bedrohungen und Sicherheitslücken** fortbestehen. Die zunehmende Häufigkeit von Sicherheitsvorfällen, die kritische Infrastrukturen betreffen, darunter schädliche Störungen, die das GNSS und das Funkfrequenzspektrum beeinträchtigen, zeigt, dass deren Schutz und schnelle Reparatur sicherzustellen und gleichzeitig Resilienzansforderungen bei der Gestaltung neuer Infrastrukturen zu berücksichtigen sind.¹³ In diesem Kontext enthält die Gemeinsame Mitteilung „**Frieden sichern: Fahrplan für die Verteidigungsbereitschaft 2030**“ klare Ziele und Etappenziele, um nach Maßgabe des Weißbuchs zur europäischen Verteidigung Verteidigungsbereitschaft bis 2030 zu erreichen.

Zwei ihrer Leitinitiativen – der **Schutzschild für die Ostflanke** und die **Europäische Drohnenabwehrinitiative** – zielen darauf ab, Luftverteidigung, Drohnenabwehrsysteme, Sicherheitsmaßnahmen an Land und auf See sowie Lageerfassung zu integrieren, um in enger Zusammenarbeit mit der NATO eine umfassende europäische Grenzverteidigungskapazität aufzubauen, bei der zivile und militärische Instrumente kombiniert werden. Der Schutzschild für die Ostflanke wird eine Echtzeit-Weltraumüberwachung zur Erkennung von Bewegungen feindlicher Streitkräfte sowie eine Europäische Drohnenabwehrinitiative und einen Europäischen Luftschild zum Schutz des Luftraums Europas umfassen, was unmittelbar der Sicherheit der östlichen Grenzregionen und der gesamten Union zugutekommt.

Der **Aktionsplan für Drohnen und Drohnenabwehr** befasst sich mit den Bedrohungen, die von Drohnen – in der Luft (einschließlich Ballons), auf See, unter Wasser und an Land – ausgehen und die erhebliche Herausforderungen für den Schutz der Außengrenzen, kritischer Infrastrukturen und des öffentlichen Raums darstellen. Ziel sind Verbesserungen bei den künftigen Fähigkeiten der Strafverfolgungsbehörden, der spezialisierten Drohnenabwehrausbildung, einer Plattform für Drohnenvorfälle sowie der Bündelung und gemeinsamen Nutzung von Ressourcen. Der Aktionsplan umfasst ferner mehrere Finanzierungsmöglichkeiten für Drohnen und Drohnenabwehrfähigkeiten und legt einen besonderen Fokus auf die Verteidigungsbereitschaft.

Im Rahmen des Finanzinstruments „**Sicherheitsmaßnahmen für Europa**“ (SAFE) wurden interessierten Mitgliedstaaten Darlehen in Höhe von 150 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. 19 Mitgliedstaaten bekundeten Interesse und legten entsprechende Investitionspläne vor. Darunter sind alle neun Mitgliedstaaten entlang der Ostgrenze der EU, denen vorläufig mehr als 65 % des Gesamtbetrags zugewiesen wurden. Angesichts der Bedeutung der östlichen Grenzregionen für die Sicherheit der EU sollte diesen Vorrang eingeräumt werden bei der Entwicklung eines widerstandsfähigen regionalen Ökosystems für die Verteidigungsindustrie, das in der Lage ist, Produktion und Kapazitäten entsprechend dem sich wandelnden Sicherheitsbedarf auszubauen.

Das vorgeschlagene **Paket zur militärischen Mobilität**¹⁴ wird die Verkehrsinfrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck verbessern und die Vorschriften für den Transport militärischer Ausrüstung sowie die Verfahren beim Grenzübertritt in Europa straffen. Die Maßnahmen würden eine schnellere Bewegung militärischer Unterstützung in Richtung der östlichen Grenzregionen der Union und darüber hinaus unterstützen. Diese Bemühungen werden dazu beitragen, die Resilienz der östlichen Grenzregionen zu stärken, ihre Verbindungen zu verbessern und die europäische Sicherheit und Verteidigung zu festigen. Gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten werden kritische Engpässe („Hotspots“) entlang der EU-Korridore für militärische Mobilität ermittelt, wobei kurzfristigen Investitionen Vorrang eingeräumt wird. Im Bereich „Militärische Mobilität“ der Fazilität „Connecting Europe“ im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034¹⁵

¹³ [JOIN\(2025\) 27 final](#).

¹⁴ [JOIN\(2025\) 846 final](#).

¹⁵ [COM\(2025\) 547 final](#).

wird eine Erhöhung um das Zehnfache vorgeschlagen, um Investitionen mit doppeltem Verwendungszweck und digitale Infrastruktur für Militärtransporte zu fördern.

Die vorgeschlagenen Mittel für **Migration, Grenzmanagement und innere Sicherheit** wurden im Rahmen des MFR 2028-2034 ebenfalls verdreifacht. Dieser Anstieg spiegelt die besonderen Herausforderungen wider, mit denen die an Russland und Belarus angrenzenden Mitgliedstaaten mit Blick auf die Steuerung der Migrationsströme und die Sicherung der EU-Außengrenzen konfrontiert sind.

Darüber hinaus muss angesichts der eskalierenden Bedrohungslage ein umfassender Plan entwickelt werden, um die Intensivierung der **hybriden Kriegsführung** Russlands gegen die EU zu Land, zu See, in der Luft sowie im digitalen Raum zu verhindern und zu bekämpfen. Diese Ziele und Sicherheitsbedenken sind für den Ostsee- und den Schwarzmeerraum von gleichermaßen zentraler Bedeutung, da ihr Wohlstand und ihre Sicherheit von den gleichen Faktoren bestimmt werden, wie in der neuen Strategie für einen stabilen und sicheren Schwarzmeerraum¹⁶ hervorgehoben wird. Der Ostseeraum ist eine strategische Region, die für die Sicherheit und Verteidigung der EU entscheidende Bedeutung hat. Er ist ein wesentlicher Bestandteil der gemeinsamen Verteidigungsarchitektur der NATO und spielt eine Schlüsselrolle als See-, Energie- und Infrastrukturkorridor. Der Ostseeraum ist der hybriden Kriegsführung Russlands nach wie vor besonders intensiv ausgesetzt, was eine Stärkung der Resilienz und koordinierte Reaktionen der EU erfordert.

Die Kommission

- wird die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung des **Schutzschildes für die Ostflanke**, der **Europäischen Drohnenabwehrinitiative**, des **Europäischen Luftschildes** und des **Europäischen Weltraumschildes** – Initiativen, die unmittelbar der Sicherheit der östlichen Grenzregionen zugutekommen – unterstützen, um die ehrgeizigen Etappenziele zu erreichen, die im Fahrplan für die Verteidigungsbereitschaft festgelegt sind;
- wird einen Aktionsplan mit Maßnahmen ausarbeiten, mit denen die Eskalation der **hybriden Kriegsführung** Russlands gegen die EU an Land, zu See, in der Luft und im digitalen Raum verhindert und bekämpft werden soll, unter anderem durch die Nutzung des Potenzials der jeweiligen Finanzierungsprogramme in diesen Bereichen;
- wird die Verbesserung der **militärischen Mobilität** in der EU, auch in den östlichen Grenzregionen, in den Blick nehmen, indem sie die Entwicklung von Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck fördert;
- wird die Möglichkeit höherer EU-Unterstützungs- und Vorfinanzierungssätze für die östlichen Grenzregionen für Zwecke der militärischen Mobilität prüfen;
- wird in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten **gezielte kurzfristige Investitionen** („Hotspots“) ermitteln, die von den Mitgliedstaaten vorrangig entlang der für die östlichen Außengrenzen und die östlichen Regionen besonders wichtigen EU-Korridore für die militärische Mobilität durchzuführen sind;
- wird eng mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die wirksame Verwendung der aufgestockten Mittel für **Migration, koordinierte Zollkontrollen, Grenzmanagement und innere Sicherheit** sicherzustellen, wobei sie einen besonderen Schwerpunkt auf Mitgliedstaaten legt, die mit außerordentlichen Sicherheits Herausforderungen konfrontiert sind, und sie wird bewerten, ob diese aufgestockten Mittel den spezifischen Bedürfnissen der östlichen Grenzregionen angemessen Rechnung tragen;
- wird im Einklang mit der **Europäischen Strategie für eine Union der Krisenvorsorge**¹⁷ die Krisenvorsorge in den östlichen Grenzregionen stärken, um die Bevölkerung, die Volkswirtschaften und die Industrie zu schützen und die Resilienz und Funktionsfähigkeit

¹⁶ JOIN(2025) 135 final.

¹⁷ JOIN(2025) 130 final.

kritischer Infrastrukturen, Verteidigungsinfrastrukturen und Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck, auch in den Gesundheitssystemen, sicherzustellen. Resilienzermäßigungen sollten in die Initiativen für die östlichen Grenzregionen der EU integriert und durchgängig berücksichtigt werden, wobei der Grundsatz der „systematischen Verankerung der Krisenvorsorge“ anzuwenden ist;

- wird gemeinsam mit den Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen zur Bekämpfung illegaler Einfuhren von Tabak und mit Tabak verwandten Erzeugnissen aus Drittländern verstärken.

Die Kommission

- wird die Grenzregionen dabei unterstützen, **Resilienzcluster** zu bilden, die Ressourcen bündeln, bewährte Verfahren austauschen und in den Bereichen Katastrophenvorsorge, Krisenmanagement und langfristige Resilienz zusammenarbeiten können;
- ist bereit, im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union Bewältigungskapazitäten, einschließlich rescEU-Kapazitäten, in den am stärksten betroffenen östlichen Grenzregionen einzusetzen;
- fordert die östlichen Grenzregionen auf, Investitionen in den Ausbau der Bodennavigationsinfrastruktur zu lenken, um die Störungsempfindlichkeit zu stärken und den Ausbau von Glasfasernetzen voranzutreiben und so eine Verbindung zu den EU-weiten Dienstleistungen, kritischen Infrastrukturen und Industrien in der Region herzustellen;
- fordert die Mitgliedstaaten auf, Fähigkeiten (auch EU-finanzierte) zu nutzen, um hybride Bedrohungen zu verhindern und zu bekämpfen, einschließlich der Fähigkeiten des Europäischen Kompetenzzentrums für die Abwehr hybrider Bedrohungen, das die Ergebnisse des von der EU finanzierten Netzwerks EU-HYBNET integriert;
- wird die Entwicklung strategischer Knotenpunkte für erweiterte regionale Weltraumdienste in den östlichen Grenzregionen durch Investitionen der Union in das IRIS²-System der EU erleichtern;
- ist bereit, **sichere Konnektivität durch IRIS²** zu fördern, was die Verstärkung der Abdeckung der Arktis mit einschließt, und den **staatlichen Erdbeobachtungsdienst** schneller zu machen, um eine weltraumgestützte Geointelligenz zu gewährleisten, einschließlich spezieller europäischer Kapazitäten und der Bündelung und gemeinsamen Nutzung nationaler Kapazitäten;
- ist bereit, die Einrichtung der EU-Plattform für maritime Sicherheit im Schwarzen Meer zu unterstützen, mit der die Sicherheit und Resilienz der Region kurz- und langfristig gestärkt werden soll.

2. Wachstum und regionaler Wohlstand – Förderung des Zugangs zu Finanzierung, Innovation, Technologie und KMU-Entwicklung

Neben den bestehenden Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung sehen sich die Regionen an den östlichen Grenzen der EU einem zunehmenden wirtschaftlichen Druck ausgesetzt¹⁸. Sie sind mit einem starken Rückgang grenzübergreifender Handels- und Tourismusströme, gestörten Lieferketten und schwindendem Vertrauen in Investitionen konfrontiert. Außerdem sind sie wachsendem Druck ausgesetzt, mehr Ressourcen in Sicherheit und Verteidigung zu lenken als andere Teile Europas. Unternehmer stufen diese Regionen als risikoreich ein, was **Darlehen und Investitionen verteuert**. Darüber hinaus verfügen viele Gemeinden nur über begrenzte finanzielle Mittel, was die Finanzierung von Entwicklungsprojekten und sogar die Bereitstellung wesentlicher Dienste erschwert. Wie aus den

¹⁸ Das Pro-Kopf-BIP in den östlichen Grenzregionen ist 12 bis 21 % niedriger als in den übrigen Regionen desselben Landes (ohne die Hauptstadtregion).

Antworten auf die Aufforderung zur Stellungnahme hervorgeht, wurde der **Zugang zu Finanzmitteln** als eine der dringendsten Herausforderungen ermittelt.

Trotz dieser Herausforderungen verfügen die östlichen Grenzregionen über erhebliches Wachstumspotenzial. Als „Wächter“ an der Ostgrenze der EU können sie kritische **Logistik- und Verteidigungsinfrastrukturen** beherbergen und gleichzeitig von **natürlichen Ressourcen und qualifizierten Arbeitskräften** profitieren. Die Konzentration auf **Verteidigungstechnologie und -innovation, erneuerbare Energien und Bioökonomie** kann gezielte Investitionen anziehen, während **Tourismus sowie Kultur- und Kreativbranchen und Kultur- und Kreativwirtschaft** dazu beitragen können, die lokale Wirtschaft neu zu positionieren und zu diversifizieren. Die Nutzung dieser Chancen und die Gewährleistung nachhaltigen Wachstums setzen Rechtsstaatlichkeit und eine hochwertige Governance voraus.

Durch die sich wandelnde Sicherheitslandschaft sind neue Möglichkeiten entstanden, z. B. für **Investitionen in Güter mit doppeltem Verwendungszweck**. Wirtschaftszweige, deren Schwerpunkt auf Cybersicherheit, Überwachungstechnologie, Energieversorgungssicherheit und Verkehrsinfrastruktur liegt, werden zunehmend als strategische Sektoren für die regionale Entwicklung angesehen¹⁹.

Insbesondere der **Drohnenindustrie** kann mit Anwendungen für die Grenzüberwachung, Such- und Rettungseinsätze und das Umweltmonitoring mit Blick auf dieses Wachstum eine Schlüsselrolle zukommen. Die Entwicklung von Technologien zur Drohnenabwehr kann zudem eine neue Chance für Innovation und Unternehmertum bieten.

Dank der Unterstützung durch die EU-Kohäsionspolitik gibt es in den östlichen Grenzregionen viele inspirierende Beispiele.

Die hochmoderne NEO-Fabrik in Narva (Estland), die mit 14,5 Mio. EUR aus dem Fonds für einen gerechten Übergang unterstützt wird, begann mit der Herstellung von Dauermagneten, die für die Netto-Null-Industrie und die strategische Autonomie Europas von wesentlicher Bedeutung sind.

Ein ursprünglich für russische Touristen gebautes ehemaliges Einkaufszentrum in Imatra (Süd Karelien, Finnland) wird in eine Produktionsstätte für umweltfreundliche Hightech-Technologien umgewandelt, die mit 2 Mio. EUR aus dem Fonds für einen gerechten Übergang unterstützt wird.

Līvāni in der Region Latgale hat sich zu einem lettischen „Glasfaser-Valley“ entwickelt, in dem mehrere High-Tech-Unternehmen tätig sind.

In Šalčininkai (Litauen) entsteht mit einem Darlehen der Europäischen Investitionsbank-Gruppe (EIB-Gruppe) in Höhe von 540 Mio. EUR ein starkes Verteidigungscluster.

Durch das grenzübergreifende Interreg-Projekt Litauen-Polen wird die politische und öffentliche Zusammenarbeit gestärkt, um die Vorsorge für Notfälle und Kriegsszenarien zu verbessern.



¹⁹ ResilEast ist beispielsweise ein Pilotprojekt, in dessen Rahmen eine regionale Entwicklungsinitiative vorgeschlagen wird, mit der die Resilienz, Sicherheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der östlichen Grenzregionen der EU durch einen integrierten Ansatz gestärkt werden sollen, der Energieinfrastruktur, Verteidigungsbereitschaft und nachhaltiges Wirtschaftswachstum miteinander verbindet. Dieses Pilotprojekt fügt sich in das umfassendere Konzept „RESIL EU“ ein, bei dem die europäischen Grenzregionen als Vorreiter bei der Erschließung neuer Quellen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf dem gesamten Kontinent fungieren.

Mit 10 Mio. EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wird **Podkarpackie** in Polen die Schaffung des „Drone Valley“ – des ersten Dual-Use-Kompetenzzentrums des Landes für Drohnen – unterstützen.

Das mit 8,2 Mio. EUR aus dem EFRE geförderte Innovationszentrum **Košice** in der Ostslowakei trägt zum Innovationspotenzial der gesamten Region bei.

In **Szeged** wurde das Wärmeversorgungsnetz der Stadt mithilfe von 26 Mio. EUR aus dem Kohäsionsfonds von Gas auf Geothermie umgestellt, was das geothermische Energiepotenzial verdeutlicht, auch in der Region an der Grenze zur Ukraine.

In **Iasi** (Rumänien) wird der Bau des Forschungszentrums INOVA a+, das mit 75 Mio. EUR aus dem EFRE unterstützt wird, Forschung, Produktionskapazitäten und Versorgungssicherheit im Hinblick auf kritische Arzneimittel, Impfstoffe und Antibiotika fördern.

In **Kazanlak** (Bulgarien) fließen 43 Mio. EUR aus dem Fonds für einen gerechten Übergang in das Vorhaben, mithilfe der hoch qualifizierten Arbeitskräfte rund um Stara Zagora die Abhängigkeit der Wirtschaft von der Kohle durch Diversifizierung zu verringern und ein Exzellenzzentrum für Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich aufzubauen, das den Weg zu einem regionalen Knotenpunkt ebnet, der sowohl den Märkten für Verteidigungsgüter als auch den Märkten für zivile Güter dient.

Engere Verbindungen zwischen **Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft** sind von entscheidender Bedeutung, um dieses Potenzial voll auszuschöpfen. Regionale Akteure sollten zusammenarbeiten, um **Strategien für intelligente Spezialisierung** zu entwickeln, die ihre besonderen Wettbewerbsvorteile mit neu entstehenden Bereichen der Bioökonomie, der nachhaltigen Landwirtschaft, der digitalen Technologien und des Ökotourismus kombinieren, und gleichzeitig Partnerschaften im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung nutzen.

Bildungseinrichtungen verfügen über ein erhebliches Potenzial als Innovationstreiber und wichtige Motoren für regionales Wirtschaftswachstum. Im Jahr 2025 unterzeichneten die Technische Universität Riga (RTU, Lettland), die Technische Universität Tallinn (TalTech, Estland) und die Technische Universität Kaunas (KTU, Litauen) eine Absichtserklärung zur Förderung der strategischen Zusammenarbeit in Forschung und Innovation in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit, um ihr Fachwissen zu bündeln, sich gemeinsam an wichtigen internationalen FuE-Initiativen zu beteiligen und die Beziehungen zur Industrie zu stärken.

In Finnland bringt das Savilahti-Ökosystem das Universitätskrankenhaus Kuopio, die Universität Ostfinnland, die Fachhochschule Savonia, die Berufsschule Savo, mehrere Forschungsinstitute, den Gewerbepark KPY Novapolis und mehr als 200 Unternehmen zusammen. Gemeinsam bieten sie eine Plattform für Wachstum, Entwicklung, Erprobung neuer Ansätze und Innovation.

Im Rahmen der Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) wird Rumänien Finanzmittel für Investitionen in Höhe von 77 Mio. EUR in die technologische Modernisierung von Anlagen des Emissionshandelssystems im Bereich saubere und ressourceneffiziente Technologien bereitstellen, insbesondere für den Umbau des bestehenden Stahlwerks in Galați.

Als Teil des MFR-Pakets 2028-2034 werden die **Pläne für nationale und regionale Partnerschaft (NRP-Pläne)**²⁰ für Mitgliedstaaten und Regionen, die vor der doppelten

²⁰ [COM\(2025\) 565 final/2](#).

Herausforderung stehen, die Sicherheit zu erhöhen und gleichzeitig ihre Volkswirtschaften und ihre Bevölkerung zu unterstützen, umfassende und integrierte Unterstützung bereitstellen. Bei der Vorlage der NRP-Pläne legen die Mitgliedstaaten dar, wie diese zur Verringerung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten beitragen, unter anderem indem sie den Fokus auf den spezifischen Bedarf und die Herausforderungen ihrer östlichen Grenzregionen legen, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Grenzverwaltung und wirtschaftliche Entwicklung²¹. Darüber hinaus müssen sie Gebietscodes zuweisen, die eine Nachverfolgung der Investitionen in diesen Regionen ermöglichen.

Die Kommission wird Investitionen in den östlichen Grenzregionen Vorrang einräumen, indem sie

- die **EastInvest-Fazilität** einrichtet; dabei handelt es sich um eine **spezielle Finanzierungsplattform für die östlichen Grenzregionen**, an der die EIB-Gruppe, internationale Finanzinstitutionen und mehrere nationale und regionale Förderbanken der betreffenden Mitgliedstaaten beteiligt sind. Die Fazilität dient der Deckung des in den Entwicklungsstrategien dieser Regionen ermittelten Investitionsbedarfs durch gezielte Darlehensunterstützung der teilnehmenden Institutionen, wie der **EIB-Gruppe, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), der Nordischen Investitionsbank (NIB) und der Entwicklungsbank des Europarates (CEB)**, die beispielsweise in Kombination mit Finanzierungsinstrumenten der Kohäsionspolitik zu günstigeren Bedingungen bereitgestellt werden kann. Die Einrichtung einer speziellen Plattform wird eine bessere Koordinierung zwischen den einschlägigen Investoren ermöglichen, eine hohe Komplementarität und Synergien ihrer Interventionen in den betroffenen östlichen Grenzregionen gewährleisten und gleichzeitig den Mandaten und komparativen Vorteilen der beteiligten Akteure Rechnung tragen. Zu diesem Zweck wollen die EIB-Gruppe, die EBWE, die CEB und die NIB im Zeitraum 2026-2027 mindestens 28 Mrd. EUR an privaten und öffentlichen Investitionen in den betroffenen Mitgliedstaaten bereitstellen, wodurch wiederum weitere private Finanzmittel mobilisiert werden. EastInvest soll ferner die Darlehensvergabe und Unterstützung in Form von Beratung, auch für lokale Behörden, in den östlichen Grenzregionen koordinieren;
- im Rahmen ihrer Überprüfung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung im Jahr 2026 prüft, ob die Vorschriften über staatliche Beihilfen geändert werden müssen, um den spezifischen Herausforderungen der östlichen Grenzregionen Rechnung zu tragen.
- Im Zusammenhang mit den Regionalbeihilfeleitlinien wird die Kommission prüfen, ob die bestehende Flexibilität für STEP-Technologien, die für die Stärkung der Resilienz von zentraler Bedeutung sind, über 2027 hinaus beibehalten werden muss;
- überprüft, wie die östlichen Grenzregionen die Möglichkeiten, die der künftige **Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit**²² bietet, um Innovation und industriellen Wandel – insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Bioökonomie, Verteidigungsindustrie und Resilienz der Lieferketten – näher an diese Regionen heranzubringen, bestmöglich ausschöpfen können;
- im Rahmen des künftigen Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und aufbauend auf der InvestEU-Beratungsplattform gezielte **Unterstützung in Form von Beratung** für öffentliche und private Einrichtungen in östlichen Grenzregionen – einschließlich nationaler, regionaler und lokaler Behörden – anbietet, um den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern und die Entwicklung einer Pipeline von Investitionsvorhaben zu unterstützen;
- mit den Mitgliedstaaten im Rahmen des derzeitigen MFR zusammenarbeitet, um vereinfachte Formen der Erstattung (z. B. Gutscheine oder andere Formen vereinfachter Kostenoptionen) einzuführen, **um so Kleinst- und Kleinunternehmen** in den östlichen Grenzregionen **den**

²¹ Artikel 22 des Vorschlags für die NRP-Pläne (COM(2025) 565 final).

²² [COM\(2025\) 555 final](#).

Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern; darüber hinaus im Rahmen der Umsetzungsdialoge eruiert, welche weiteren Vereinfachungsmaßnahmen zum Nutzen dieser Regionen ergriffen werden können;

- die **Einrichtung von Clustern in den östlichen Grenzregionen** unter anderem über die Europäische Plattform für Cluster-Zusammenarbeit²³ unterstützt, um lokale Innovationsökosysteme, die Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und den Zugang zu EU-Finanzierungsmöglichkeiten zu fördern;
- ihre Zusammenarbeit mit der Weltbankgruppe im Rahmen der Initiative „Catching-up Regions“ in den baltischen Staaten intensiviert, um den Gemeinden Fachwissen zur Verfügung zu stellen und in enger Zusammenarbeit mit lokalen Interessenträgern bei der Entwicklung von Projekten zum **Unternehmenserhalt und -ausbau, zur Entwicklung von Humankapital** und zum Kapazitätsaufbau zu helfen. Diese gezielte Unterstützung wird auf die am stärksten betroffenen östlichen Grenzregionen in **Polen** und **Finnland** ausgeweitet, um die wirtschaftliche Diversifizierung, die Ausweitung des Marktzugangs für lokale Unternehmen, die Weiterqualifizierung von Arbeitskräften und ausländische Direktinvestitionen zu unterstützen;
- gewährleistet, dass die Herausforderungen und Bedürfnisse der östlichen Grenzregionen in Bezug auf Investitionen und Reformen in die politischen Referenzrahmen künftiger Pläne für nationale und regionale Partnerschaft im Rahmen des neuen MFR integriert werden. Außerdem wird die Kommission bei der Ausarbeitung der **Leitlinien zum Grundsatz der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen** für den nächsten MFR den territorialen Besonderheiten und Herausforderungen der östlichen Grenzregionen Rechnung tragen und sicherstellen, dass der Grundsatz verhältnismäßig angewandt wird. Darüber hinaus werden die Leitlinien angesichts der erhöhten Sicherheitsrisiken in den östlichen Grenzregionen, einschließlich des erhöhten Risikos konventioneller militärischer Bedrohungen, den Umfang der Ausnahmen im Bereich Sicherheit und Verteidigung weiter präzisieren, insbesondere in Bezug auf Projekte mit doppeltem Verwendungszweck und Projekte mit einer zivilen Vorsorgekomponente.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten außerdem auf,

- **Finanzierungsinstrumente** im Rahmen ihrer kohäsionspolitischen Mittelzuweisungen zu nutzen, um günstigere Darlehensbedingungen in den östlichen Grenzregionen zu schaffen und zur Verringerung des Risikos privater Finanzierungen beizutragen;
- sicherzustellen, dass die Herausforderungen und Möglichkeiten der östlichen Grenzregionen bei der Planung künftiger **Pläne für nationale und regionale Partnerschaft** angemessen berücksichtigt werden;
- die Anreize für wirtschaftliche Betätigung in diesen Regionen zu erhöhen, z. B. durch **gezielte steuerliche Maßnahmen** und beihilferechtskonforme Subventionen für bereits gegründete Unternehmen, oder Anreize für neue Investitionen in den östlichen Grenzregionen zu schaffen;
- die potenziellen Vorteile der Einrichtung neuer **Sonderwirtschaftszonen** in den östlichen Grenzregionen und der Erweiterung der Liste der Anlagen im Rahmen der bestehenden Sonderwirtschaftszonen gemäß den Vorschriften über staatliche Beihilfen zu prüfen.

3. Lokale Stärken nutzen – Bioökonomie, Energie, Umwelt, Landwirtschaft und Kompetenzen

Die östlichen Grenzregionen sind reich an unerschlossenen **natürlichen Ressourcen**, wie Holz, Biomasse und Seltenen Erden, und bieten beträchtliches Potenzial für das Wachstum biobasierter

²³ <https://www.clustercollaboration.eu/>.

Industriezweige, die Entwicklung erneuerbarer Energien sowie den Bergbau und das verarbeitende Gewerbe.

Der **Forstsektor** hat das Potenzial, durch eine nachhaltige Nutzung der derzeit noch unerschlossenen Ressourcen wettbewerbsfähige, marktbasierende Wertschöpfungsketten für die CO₂-Abscheidung oder innovative biobasierte Materialien (z. B. biobasierte Kunststoffe und Polymere, faserbasierte Verpackungen, biobasierte Textilien, biobasierte Chemikalien und biobasierte Bauprodukte) zu entwickeln. Durch diese Lösungen können Emissionen verringert, Innovationen gefördert, grüne Arbeitsplätze geschaffen und ländliche Gebiete wiederbelebt werden.

Finnland, das über erhebliche **Lithium-, Kobalt- und Nickelreserven** verfügt, ist bereits ein wichtiger Akteur bei den Bemühungen der EU, die Versorgung mit Batterien und Technologien für erneuerbare Energien sicherzustellen. Estland ist ebenfalls in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zu den Zielen der EU in Bezug auf kritische Rohstoffe zu leisten, da es bereits eine **Anlage für Dauermagnete** eröffnet hat. Polen, ein wichtiger **Kupferproduzent mit Potenzial für die Verarbeitung Seltener Erden**, weitet seine **Lithiumexploration** aus, während Rumänien über vielversprechende **Magnesium- und Kupferlagerstätten** verfügt. Neben einer Vielzahl anderer Mineralien wie Antimon, Gold, Silber, Uran, Molybdän und Magnesit entfällt mehr als die Hälfte der Industrieproduktion in der östlichen Region der Slowakei auf **Stahl**. Der Fokus richtet sich zunehmend auf **nachhaltige Bergbaupraktiken** und die Positionierung als umweltbewusste Lieferanten von Schlüsselmaterialien.

Die Erhaltung des Potenzials der **Agrar-, Fischerei- und Aquakulturproduktion** entlang der Ostgrenze und die Gewährleistung ihrer Kontinuität durch den **Generationswechsel** und die weitere Unterstützung des ländlichen Raums sind für die Vitalität dieser Regionen von entscheidender Bedeutung. Die Sicherung der Forstwirtschaft und der landwirtschaftlichen Erzeugung trägt ferner zur Ernährungssicherheit bei und gewährleistet eine **stabile Rohstoffversorgung der Unternehmen** in der Region. Zur Entwicklung dieser Initiativen können landwirtschaftliche Betriebe in den östlichen Grenzregionen eine **höhere gekoppelte Einkommensstützung**²⁴ erhalten.

Die **ökologische Nachhaltigkeit** in den EU-Grenzregionen kann durch gemeinsame Anstrengungen zum Schutz der natürlichen Ressourcen und zur Förderung der Kreislaufwirtschaft verbessert werden, um die langfristige Resilienz und das ökologische Gleichgewicht in vielfältigen Landschaftsräumen zu gewährleisten. Investitionen in effiziente und kreislauforientierte Wassersysteme und eine moderne Abwasserbehandlung können auch die Industrie und die Landwirtschaft unterstützen und die Betriebskontinuität in Krisenzeiten erhöhen.

Die **Stärkung der Energiesysteme** und die Erschließung des Potenzials **erneuerbarer Energien** in den östlichen Grenzregionen sind ein entscheidender Bestandteil der Energieversorgungssicherheit Europas. Die Energieversorgungssicherheit und die industrielle Entwicklung werden durch das Fehlen eines robusten Netzes in vielen östlichen Grenzregionen beeinträchtigt. Um sicherzustellen, dass Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien vollständig in das Stromnetz integriert werden können, bedarf es strategischer Netzinvestitionen in den östlichen Grenzregionen, z. B. in den baltischen Staaten und Finnland. Nach der Synchronisierung der Stromnetze der baltischen Staaten mit dem europäischen Netz sind weitere Arbeiten erforderlich, um **ihre vollständige Integration in den EU-Strommarkt** zu erreichen. Dazu gehören die Stärkung der Resilienz und die Modernisierung der bestehenden Infrastruktur, die Verbesserung der Netzflexibilität und die Optimierung der Konnektivität mit Nachbarländern.

²⁴ Gemäß dem Vorschlag für die GAP im Rahmen des MFR haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Zuweisung für die gekoppelte Einkommensstützung, die in der Regel auf 20 % des Unionsbeitrags zu spezifischen Interventionen begrenzt ist, um bis zu 5 % zu erhöhen, sofern diese zusätzliche Mittelzuweisung auf spezifische Prioritäten, insbesondere für landwirtschaftliche Betriebe in den östlichen Grenzregionen, ausgerichtet ist.

Ferner bedarf es zusätzlicher **Gasspeicher, Kapazitäten für den Umkehrfluss, Netz- und Infrastrukturmodernisierungen, Verbindungsleitungen und der Integration erneuerbarer Energien**, um die Resilienz gegenüber Unterbrechungen der Energieversorgung und hybriden Bedrohungen zu gewährleisten. Indem die Einführung erneuerbarer Energien durch gestraffte und schnellere Genehmigungsverfahren beschleunigt wird, kann das enorme Potenzial der östlichen Grenzregionen ausgeschöpft werden²⁵. Die lokale Energieresilienz kann zudem durch den **Ausbau von Energiegemeinschaften** erhöht werden. Diese Gemeinschaften können lokale Ressourcen bündeln, um erneuerbare Energien zu erzeugen und so die Abhängigkeit von externen Quellen zu verringern, Mikronetze und Energiespeichersysteme aufbauen und bei Störungen Reservestrom bereitstellen.

Die östlichen Grenzregionen bieten auch großes Potenzial für die Versorgung der Bioökonomie der EU mit **Biomasse**, während sie gleichzeitig Rückstände verwerten und die lokale Kreislaufwirtschaft und Resilienz stärken. Sie können die Strategien „ReFuelEU Aviation“ und „FuelEU Maritime“ unterstützen, indem sie die Rohstoffe für die Herstellung fortschrittlicher Biokraftstoffe bereitstellen und dabei auf Spitzentechnologien wie Bioraffinerien, Fermentation und biogene Verfahren aufbauen.

Durch Investitionen in **Biogasanlagen** in landwirtschaftlichen Betrieben oder Genossenschaften können landwirtschaftliche Betriebe Dung, Abfälle und Ernterückstände in wertvolle Bioenergie und Gärreste umwandeln, die ihrerseits zu **biobasierten Düngemitteln** weiterverarbeitet werden können. Dies hilft dabei, teure und größtenteils importierte chemische Düngemittel auf fossiler Basis zu ersetzen, und trägt gleichzeitig zu Nachhaltigkeit, Energieversorgungssicherheit und Erschwinglichkeit von Energie bei.

Die Kommission

- wird im Rahmen der hochrangigen Gruppe für den Verbundplan für den baltischen Energiemarkt die **Integration der Stromnetze der baltischen Staaten** in die europäischen Netze beschleunigen und zugleich die Resilienz der Infrastruktur und der Offshore-Netze sowie den Ausbau grenzüberschreitender Wasserstoffinfrastruktur, etwa des nordisch-baltischen Wasserstoffkorridors („Nordic-Baltic Hydrogen Corridor“) vorantreiben;
- wird die **Umsetzung vorrangiger grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte** in der Region weiter unterstützen, was sich auch am Beispiel der Energieautobahnen zeigt, die als Teil des europäischen Netzpakets ermittelt wurden, unter anderem durch die hochrangige Gruppe für Energieverbindungsleitungen in Mittel- und Südosteuropa;
- wird weiterhin **Vorhaben von gemeinsamem Interesse und Vorhaben von gegenseitigem Interesse mit Drittländern** unterstützen, unter anderem über die Fazilität „Connecting Europe“;
- wird auf der Grundlage der Bioökonomie-Strategie Initiativen der Kreislaufwirtschaft fördern, darunter **Industriesymbiosezentren und regionale Bioökonomie-Hubs** in den östlichen Grenzregionen;
- wird die Erzeugung von **Biogas und Biomethan**, bei der land- und forstwirtschaftliche Reststoffe sowie lokale organische Abfälle zu Gärresten und biobasierten Düngemitteln umgewandelt werden können, im Einklang mit den REPowerEU-Zielen und dem in der Bioökonomie-Strategie beschriebenen Leitmarkt für biobasierte Düngemittel unterstützen;
- wird strategische Projekte im Rahmen der **Verordnung zu kritischen Rohstoffen** durch Aufforderungen im Rahmen des Innovationsfonds und Kohäsionsinvestitionen über STEP vorantreiben und dabei auf dem RESourceEU-Aktionsplan und dem Versorgungspotenzial der Region für kritische Rohstoffe aufbauen;

²⁵ [Ungenutztes Potenzial für erneuerbare Energien aus Wind-, Solar- und Wasserkraft.](#)

- wird spezifische Maßnahmen in den östlichen Grenzregionen im Rahmen des **Pakts für den ländlichen Raum**, wie Vernetzung und Kapazitätsaufbau, fördern, um die besonderen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen diese Regionen konfrontiert sind;
- wird die Beteiligung junger Menschen an der Landwirtschaft in den östlichen Grenzregionen im Rahmen der **EU-Strategie für den Generationswechsel in der Landwirtschaft**²⁶ fördern und die Entwicklung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft im Rahmen der künftigen Pläne für nationale und regionale Partnerschaft weiter unterstützen;
- wird die wichtigsten Herausforderungen für den Tourismus in den östlichen Grenzregionen im Rahmen der künftigen **EU-Strategie für nachhaltigen Tourismus** angehen, um die Annahme nachhaltiger Modelle zu unterstützen, die Resilienz zu stärken und das internationale Vertrauen durch gezielte Werbemaßnahmen wiederherzustellen.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf,

- die **Energieplanung** zu verbessern, indem ein Rahmen für eine bessere Koordinierung der Investitionspipelines geschaffen wird, um den ökologischen Wandel, die Resilienz und die Netzintegration in den östlichen Grenzregionen zu beschleunigen;
- die Energieversorgungssicherheit durch beschleunigten Ausbau von **Verbindungsleitungen**, LNG-/Biogaskapazitäten, ein resilientes Stromnetz und Energiespeicherung, einschließlich der Einrichtung strategischer Treibstoffreserven in den östlichen Grenzregionen, weiter zu stärken und diese Investitionen in die künftige Überarbeitung der **nationalen Energie- und Klimapläne** der Mitgliedstaaten einzubeziehen;
- **Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien einzuführen** und die Fernwärmeversorgung in den östlichen Grenzregionen zu modernisieren;
- in ihren **Klima-Sozialfonds** Investitionsmaßnahmen **zur Verringerung der Energiearmut**, auch in den östlichen Grenzregionen, zugunsten finanziell schwächerer Haushalte und Kleinunternehmen aufzunehmen.

4. Konnektivität – Menschen verbinden, Wachstum fördern

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat zu einer strategischen Entkopplung der Verkehrsverbindungen mit Russland und Belarus geführt, unter anderem durch die Schließung des Luftraums der angrenzenden Länder, was sich unmittelbar auf die östlichen Grenzregionen auswirkt. Russland und Belarus wurden aus den TEN-V-Karten entfernt, und die grenzübergreifenden Verbindungen zu diesen Ländern wurden herabgestuft. Die veränderte Handelsdynamik infolge der Schließung der Grenzen und der Wirtschaftssanktionen hat gezeigt, wie wichtig es ist, starke Verbindungen zu den internationalen Märkten sicherzustellen, insbesondere durch alternative Land-, Schienen- und Seeverkehrsrouten.

Die EU hat entscheidende Schritte zur Anpassung und Stärkung der **TEN-V-Korridore** unternommen und dabei der vollständigen Integration der östlichen Grenzregionen in den EU-Binnenmarkt und den Sicherheitsrahmen Vorrang eingeräumt. Die Konnektivität in den östlichen Grenzregionen innerhalb der EU wurde durch die Einführung neuer Korridorverläufe erheblich gestärkt, um ihre Integration in den EU-Verkehrsmarkt zu verbessern und die grenzüberschreitende Konnektivität mit der Ukraine und Moldau zu fördern.

Die Integration der östlichen Grenzregionen in die EU-Netze durch die Beseitigung von Hindernissen und die Entwicklung der europäischen Normalspurinfrastruktur in den baltischen Staaten und Finnland stellt eine strategische Investition in den Zusammenhalt, die wirtschaftliche Resilienz und die Sicherheitsvorsorge der EU dar. Gleichzeitig ist die Stärkung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Resilienz des Korridors Donau/Schwarzes Meer-

²⁶ Strategie für den Generationswechsel in der Landwirtschaft ([COM\(2025\) 872 final](#)).

Ägäisches Meer für die allgemeine Sicherheit Europas an der Ostflanke nach wie vor ebenso wichtig.

Auf lokaler Ebene ist ein angemessener Zugang zu **öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Abruf erbrachten Verkehrsdiensten** sicherzustellen, damit die Menschen ihre Arbeitsplätze und öffentlichen Dienstleistungen in den östlichen Grenzregionen erreichen können.

Die Kommission

- wird die **Zusammenarbeit im Bereich der Infrastrukturnetze** unter Einbeziehung der zuständigen nationalen Verwaltungen im Einklang mit den europäischen Verkehrskorridoren des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) intensivieren, was auch die Erweiterung zur Ukraine und zur Republik Moldau mit einschließt, die Kapazitäten in den Ostseehäfen erhöhen und die Entwicklung des Rail Baltica/TEN-V-Korridors und der militärischen Nord-Süd-Mobilität unterstützen;
- wird die Integration der Eisenbahnsysteme der östlichen Grenzregionen in die Kooperationsrahmen von TEN-V und der Fazilität „Connecting Europe“ unterstützen und erleichtern – sowohl in Bezug auf die übrige EU als auch auf die Ukraine und die Republik Moldau; dadurch sollen die militärische Mobilität und Sicherheit verbessert und zusätzliche wirtschaftliche Möglichkeiten geschaffen werden.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf,

- die **Infrastruktur zu modernisieren**, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit zu erhöhen, und dabei hochwertigen Straßen- und Schienenverbindungen zwischen großen städtischen Zentren Vorrang einzuräumen, und zwar auch dort, wo sie einem doppeltem Verwendungszweck dienen können, wobei TEN-V-Korridoren Vorrang einzuräumen ist;
- die Durchführung wichtiger laufender grenzübergreifender Großprojekte wie Rail Baltica zu erleichtern, die für die Konnektivität und Sicherheit der östlichen Grenzregionen von wesentlicher Bedeutung sind;
- die fristgerechte Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans für eine verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen des Korridors Ostsee-Schwarzes Meer-Ägäisches Meer zu gewährleisten²⁷;
- künftige **Pläne für nationale und regionale Partnerschaft, die Fazilität „Connecting Europe“ und den Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit** zu nutzen, um die rechtzeitige Umsetzung der TEN-V-Korridore und der EU-Korridore für militärische Mobilität sicherzustellen;
- die Mittel aus dem Klima-Sozialfonds zu nutzen, um die **Mobilitätsarmut** in den östlichen Grenzregionen zu **verringern**, z. B. durch Investitionen in nachhaltigen öffentlichen **Verkehr**, sozial gefördertes Leasing von Elektrofahrzeugen, öffentliche Verkehrsmittel, geteilte Mobilität und auf Abruf erbrachte Verkehrsdienste.

Die **digitale Konnektivität** zwischen den östlichen Grenzregionen und der übrigen EU ist für die **wirtschaftliche Integration, den grenzübergreifenden Handel, Kommunikation und Innovation** sowie für die Cybersicherheit und den Schutz vor hybriden Angriffen von entscheidender Bedeutung. Dennoch liegen die östlichen Grenzregionen nach wie vor deutlich hinter dem Rest der EU zurück; Probleme sind Lücken bei der Breitbandversorgung, langsames Internet, ein eingeschränktes Angebot an digitalen öffentlichen Diensten und geringe digitale Kompetenzen. Diese Mängel stellen lokale Unternehmen vor Schwierigkeiten, schränken den Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung und zur Gesundheitsversorgung ein und schwächen die grenzübergreifende Koordinierung. Gezielte Maßnahmen sollten die Verfügbarkeit von Gigabit-fähigen Breitbanddiensten und 5G-Abdeckung, auch in ländlichen Gemeinschaften

²⁷ Vereinbarung über eine verstärkte grenzübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen der Plattform für den Korridor Schwarzes Meer-Ägäisches Meer (Dezember 2025).

und entlang von Grenzkorridoren, sowie von kritischen Infrastrukturen wie Backbone-Netzen sicherstellen.

Die Kommission

- wird Finanzmittel unter Wettbewerbsbedingungen im Rahmen des **zweiten digitalen Arbeitsprogramms 2024-2027 der Fazilität „Connecting Europe“** bereitstellen, um die digitale 5G-Konnektivität innerhalb der EU sowie zwischen der EU und Drittländern zu unterstützen, wobei der Schwerpunkt auf Backbone-Netzen liegt;
- wird die Bereitstellung technischer Hilfe für Behörden über das **Europäische Netz der Breitband-Kompetenzbüros** erleichtern, um den Ausbau von Glasfaser- und 5G-Netzen zu unterstützen, sowie die Bereitstellung technischer Hilfe für Unternehmen über EDIH erleichtern, um die Einführung digitaler Technologien zu fördern.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf,

- die besonderen Gegebenheiten der östlichen Grenzregionen in ihre nationalen strategischen Fahrpläne für die digitale Dekade zu integrieren und sicherzustellen, dass bei künftigen Anpassungen²⁸ der Schwerpunkt auf die besonderen Herausforderungen und Prioritäten der Regionen gelegt wird. Dazu gehören die Verbesserung der **Breitband- und 5G-Abdeckung, sichere grenzübergreifende Konnektivität und der Zugang zu digitalen öffentlichen Diensten**;
- die Aufbau- und Resilienzfazilität und die kohäsionspolitischen Programme in vollem Umfang zu nutzen, um die **digitale Kluft zu schließen** und so dazu beizutragen, neue Möglichkeiten zu schaffen, die wirtschaftliche Resilienz zu stärken und die Lebensqualität in den östlichen Grenzregionen zu verbessern.

Die **grenzübergreifende Zusammenarbeit** ist seit Langem ein wichtiges Instrument zur Förderung der regionalen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums in Grenzregionen. Durch den Zusammenbruch der Beziehungen zu Russland und Belarus wurden diese Kooperationsrahmen jedoch gestört. Daher müssen alternative Initiativen der territorialen Zusammenarbeit geprüft werden, die es diesen Regionen ermöglichen, Verbindungen aufrechtzuerhalten und zu diversifizieren, neue Partner zu finden und neue Kooperationsmöglichkeiten zu schaffen.

Im Rahmen des Vorschlags für den MFR 2028-2034 hat die Kommission ein **neues Interreg-spezifisches Ziel für „widerstandsfähigere Regionen an der Grenze zu Russland, Belarus und der Ukraine“**²⁹ eingeführt. Mit diesem Vorschlag soll den betroffenen Mitgliedstaaten und ihren Regionen volle Flexibilität bei der Nutzung der territorialen Zusammenarbeit eingeräumt werden, um die drängendsten Herausforderungen, darunter Sicherheit und zivile Vorsorge, Entvölkerung und Desinformation, zu bewältigen. Gleichzeitig werden die Regionen an der Grenze zu Russland und Belarus, die nach der Einstellung der Programme mit diesen beiden feindseligen Nachbarn grenzübergreifende Möglichkeiten verloren haben, besser gerüstet sein, um ihre Kooperationsbemühungen Richtung Westen umzulenken. Für die Regionen an der Grenze zur Ukraine wird das neue spezifische Ziel eine stärkere Konzentration auf die Bewältigung der derzeit herrschenden schwierigen Bedingungen ermöglichen. Außerdem können künftige transnationale Kooperationsräume dank des neuen spezifischen Ziels einen Teil ihrer Mittel für die Zusammenarbeit mit der Ukraine und der Republik Moldau bereitstellen.

²⁸ Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, im Dezember 2026 Anpassungen ihrer nationalen strategischen Fahrpläne für die digitale Dekade vorzulegen (auf der Grundlage von Artikel 8 des Beschlusses (EU) 2022/2481 über die Aufstellung des Politikprogramms 2030 für die digitale Dekade).

²⁹COM(2025) 552 final.

Die Kommission

- wird die betroffenen Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung ihrer künftigen Interreg-Kapitel 2028-2034 unterstützen und dabei auch die **Nord-Süd-Zusammenarbeit** berücksichtigen. Wenn die an Russland und Belarus angrenzenden Mitgliedstaaten einen entsprechenden Beschluss fassen, könnte dies die Form eines spezifischen Kapitels des Interreg-Plans annehmen, das sich der Nutzung des neuen spezifischen Ziels widmet, um eine engere Zusammenarbeit und mehr Möglichkeiten des Austausches zwischen Regionen mit ähnlichen Herausforderungen zu fördern.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf,

- die jüngst angenommene **BRIDGEforEU-Verordnung**³⁰ in vollem Umfang zu nutzen, um zur Beseitigung grenzübergreifender Hindernisse zwischen den Regionen an der Ostflanke beizutragen.

5. Die Menschen – die Stärke der Regionen hängt von der Stärke der dort lebenden Gemeinschaften ab

Die Menschen in den östlichen Grenzregionen haben angesichts der Widrigkeiten außergewöhnliche Stärke und Anpassungsfähigkeit bewiesen. Ihre dauerhafte Resilienz hängt vom **Zusammenhalt der Gemeinschaft und ihrer Fähigkeit** ab, Schocks abzufedern. **Bevölkerungsschwund, Überalterung** und eine **geringe Bevölkerungsdichte** stellen erhebliche Herausforderungen dar.

Außerdem stagnieren die Wohnungsmärkte, und niedrige Sicherheitenwerte erschweren den Zugang zu Hypotheken. Dies birgt das Risiko, dass ein Teufelskreis aus Abwanderung und abnehmender Attraktivität entsteht, was die Resilienz der Ostgrenze der EU gefährden würde (wie Studien von ESPON, der OECD und Interreg Europe belegen).

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, sollten die Mitgliedstaaten die **ortsbezogene** Politikgestaltung und die **Mehrebenen-Governance** sowie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften und die Zivilgesellschaft stärken und gleichzeitig die gute Verwaltung und die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten.

Die Sicherstellung der **Bereitstellung wesentlicher und sozialer Dienste** ist für das Wohlergehen der Gemeinschaften in Grenzregionen **unerlässlich**. Aufgrund der **begrenzten finanziellen Kapazitäten der lokalen Gebietskörperschaften** hat sich in diesen Regionen jedoch ein chronischer Fachkräftemangel in der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Pflege herausgebildet, und die Infrastruktur ist geschwächt. Diese Situation wird durch die alternde Bevölkerung und Erwerbsbevölkerung noch verschärft. Erforderlich sind gezielte Investitionen zur Gewährleistung zugänglicher und erschwinglicher Sozial-, Gesundheits-, Kinderbetreuungs- und Langzeitpflegedienste und -infrastrukturen. Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen ist die psychische Gesundheit zu einem großen Problem geworden, wobei zunehmende Unsicherheit, Stress und depressive Symptome große Herausforderungen darstellen. Neue Ansätze wie Telemedizin, digitale Beratungszentren und mobile Dienste haben ein erhebliches Potenzial, zur Überwindung von Entfernungsbarrieren beizutragen und den Zugang zu abgelegenen Gebieten zu ermöglichen. **Soziales Unternehmertum** kann zudem eine

³⁰ Verordnung (EU) 2025/925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Mai 2025 über ein Instrument der Grenzregionen für Entwicklung und Wachstum ([BRIDGEforEU](#)).

Wiederbelebung der Wirtschaft sowie eine Verbesserung des sozialen Zusammenhalts bewirken^{31,32}.

Darüber hinaus leben in vielen Grenzregionen verschiedene Minderheitengruppen; die Förderung ihrer Integration und Inklusion ist für die Stärkung dieser Gebiete von zentraler Bedeutung.

Die Kommission

- wird die Schaffung einer Gemeinschaft von Fachleuten in den östlichen Grenzregionen unterstützen, um bewährte Verfahren und Vorsorgelösungen zwischen den Gemeinden auszutauschen;
- wird gemeinsam mit den Mitgliedstaaten prüfen, wie der Zugang der Gemeinden zu **kritischer Ausrüstung** erleichtert werden kann, etwa mittels gemeinsamer Beschaffung, z. B. Notfall-Kommunikationssysteme und -Übertragungssysteme, Agrarlebensmittelreserven, gemeinschaftliche Energieprojekte und netzunabhängige Energielösungen;
- wird **von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklungsinitiativen**, darunter LEADER, fördern, die Bevölkerung in die lokale Entscheidungsfindung einbeziehen und nach Lösungen suchen, die auf die spezifischen regionalen Erfordernisse zugeschnitten sind, etwa die Bindung junger Menschen und den Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen für alle.

Qualifizierte und anpassungsfähige Arbeitskräfte sind für die erfolgreiche Entwicklung der östlichen Grenzregionen von entscheidender Bedeutung. Gleichwohl **herrscht weiterhin ein starker Arbeits- und Fachkräftemangel**. Davon betroffen sind unter anderem Schlüsselsektoren wie Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege, grüne Industrien und die digitale Wirtschaft. Gleichzeitig melden die östlichen Grenzregionen eine hohe Zahl junger Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, muss die **allgemeine und berufliche Bildung** besser auf den Bedarf des lokalen Arbeitsmarktes abgestimmt werden; unterstützt werden muss dies durch Partnerschaften mit Unternehmen und eine Stärkung der Bildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Ein reibungsloser **Übergang von der Schule ins Berufsleben**, flexible Lernoptionen und die vollständige Umsetzung der **Jugendgarantie** werden dazu beitragen, junge Talente zu halten.

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf,

- die Angebote in den Bereichen Berufsbildung und Umschulung/Weiterbildung auszuweiten, unter anderem über den Europäischen Sozialfonds Plus und durch die Verpflichtung zur Einhaltung des Kompetenzpakts;
- eine stärkere Verzahnung von Bildung und Beschäftigung durch die Zentren der beruflichen Exzellenz im Rahmen von Erasmus+, die Europäische Ausbildungsallianz, die Fortbildung von Lehrkräften in der Berufsbildung und Forschung/Innovation zu gewährleisten;
- der **Bindung junger Menschen** in den östlichen Grenzregionen Vorrang einzuräumen, und zwar durch die Schaffung von Übergängen zwischen Bildung und Beschäftigung und durch die Einführung von **Regelungen für Erstkäufer von Wohneigentum** im Rahmen der kohäsionspolitischen Programme, wo jungen Fachkräften zinsgünstige Kredite angeboten werden³³;
- die Städte und städtischen Gebiete in den östlichen Grenzregionen bei der Bewerbung für die bevorstehende Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der **Europäischen**

³¹ „Baltics CuRI Forum: Social Enterprise for Regional Resilience“, organisiert von der Weltbankgruppe und der Kommission am 17./18. September in Anykščiai, Litauen.

³² Entwickelt im Rahmen von CuRI Slovakia in der Region Prešov, um das Wissen und das Bewusstsein über die Sozialwirtschaft als Instrument zur Bewältigung lokaler Herausforderungen und ihren Beitrag zu Entwicklung und inklusivem Wachstum zu verbessern.

³³ [Modell für Finanzinstrumente und Zuschüsse mit Kofinanzierung durch die EIBG und andere für erschwinglichen Wohnraum.](#)

Stadtinitiative, mit der die kürzlich angenommene Städteagenda umgesetzt werden soll, zu unterstützen;

- die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden zu fördern, unter anderem durch die **Bündelung verfügbarer Ressourcen** und die Sicherstellung wesentlicher und sozialer Dienste für ihre Gemeinschaften;
- die **bürgerschaftliche Beteiligung, Bildung, ehrenamtliche Tätigkeit, Medien- und Finanzkompetenz, Vorsorge sowie Basisinitiativen** zu stärken, um die lokale Resilienz, das gegenseitige Vertrauen und die soziale Inklusion zu fördern;
- die sozioökonomische **Integration von Drittstaatsangehörigen** und Minderheiten in den östlichen Grenzregionen durch umfassende Nutzung der EU-Finanzierungsmöglichkeiten zu fördern.

Kultur fördert das Vertrauen in demokratische Institutionen und den Zusammenhalt und sollte weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda der östlichen Grenzregionen stehen. Die Beteiligung **junger Menschen** an Entscheidungsprozessen sollte formalisiert werden, während Schulen und öffentliche Kampagnen, die sich an alle Bevölkerungsgruppen richten, das kritische Denken und die Medienkompetenz stärken sollten.

Die Kommission

- wird die **wirtschaftliche Resilienz des Mediensektors** durch das Programm für Medienresilienz unterstützen;
- wird den Einsatz kleinerer Finanzhilfen fördern, um **lokale nichtstaatliche Organisationen** bei der Sicherstellung der digitalen Kompetenz und der Medienkompetenz zu **unterstützen** und Kunst- und Handwerksinitiativen zu fördern;
- wird ein Peer-Learning-Projekt entwickeln, um das bürgerschaftliche Engagement und den demokratischen Bürgersinn der Schülerinnen und Schüler durch Kultur zu stärken, sowohl innerhalb von Schulen als auch in deren Umfeld;
- wird die Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern und zur Bewältigung der **von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung ausgehenden Risiken**, die in den östlichen Grenzregionen besonders akut sind, verstärken, unter anderem durch die nationalen oder regionalen Knotenpunkte der EDMO, das neue Europäische Netz von Faktenprüfern und das GAP-Netz für ländliche Gemeinschaften;
- wird **Faktenprüforganisationen und lokale Medien** unterstützen, um den Informationsraum zu Themen, die für ländliche Gemeinschaften in den östlichen Grenzregionen von besonderer Bedeutung sind, zu stärken³⁴.

Ausblick

Die östlichen Grenzregionen der EU sind nicht nur **Garanten unserer Sicherheit**, sondern bieten auch wichtige Zugänge für Konnektivität und wirtschaftliche Möglichkeiten. Die Stärkung ihrer Resilienz und Attraktivität ist nicht nur eine Frage der Solidarität; sie ist eine entscheidende **strategische Investition in die Sicherheit, die künftige Stabilität, die Wettbewerbsfähigkeit und den Zusammenhalt Europas**.

Sicherheit und Resilienz sind für die langfristige Stabilität der östlichen Grenzregionen von wesentlicher Bedeutung. Strategische Investitionen und eine koordinierte Governance können dazu beitragen, sicherheitspolitische Herausforderungen in Chancen und Wohlstand zu verwandeln und eine zukunftsfähige regionale Entwicklung zu gewährleisten.

³⁴ [Informationsmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik \(IMCAP\)](#).

Durch gezielte Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene, zusätzliche und integrierte Investitionen und eine gestärkte lokale Governance kann die EU ihre Grenzregionen zu resilienten Treibern für nachhaltiges Wachstum und die Einheit und Sicherheit Europas machen.

Die östlichen Grenzregionen haben ganz eigene Bedürfnisse und Gegebenheiten. Sie sollen in die einschlägigen künftigen **Strategien und Investitionen** integriert werden, was sich in den Förderprioritäten **auf allen Ebenen – regionaler, nationaler und europäischer Ebene** niederschlagen wird. Dies sollte gezielte Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und eine Vorzugsbehandlung für die östlichen Grenzregionen umfassen.

Die Kommission wird weiterhin eng mit den nationalen Verwaltungen und Regionen zusammenarbeiten, um **ortsbezogene Ansätze und die Mehrebenen-Governance** weiter zu fördern und maßgeschneiderte, wirksame Lösungen für diese Regionen sicherzustellen, wobei sie die bestehenden und künftigen Strukturen für die Durchführung der EU-Fonds optimal nutzen und dafür sorgen wird, dass den besonderen Bedürfnissen der Regionen konsequent Rechnung getragen wird.

Die Mitgliedstaaten, deren Regionen am stärksten vom derzeitigen Sicherheitsumfeld betroffen sind, sind dazu aufgerufen, dem besonderen Status dieser Gebiete in ihren eigenen **Strategien und Planungen für die nationale und regionale Entwicklung, einschließlich in Bezug auf die territoriale Zusammenarbeit**, Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang sollten zweckgebundene Finanzmittel speziell für die östlichen Grenzregionen bereitgestellt werden, um ihre wirtschaftliche Entwicklung und Resilienz zu fördern.

Diese Mitteilung dient als Ausgangspunkt und bildet die Grundlage für dauerhafte Solidarität und Maßnahmen, die an die sich wandelnden **Herausforderungen und Möglichkeiten** angepasst werden.

Es bedarf eines fortlaufenden Dialogs, um die politischen Maßnahmen auf EU-, nationaler und regionaler Ebene aufeinander abzustimmen, damit diese Herausforderungen und Möglichkeiten wirksam angegangen werden können. Um eine systematische Weiterverfolgung zu gewährleisten, schlägt die Kommission vor, einen **jährlichen politischen Dialog auf hoher Ebene** einzurichten, um EU-Maßnahmen und ihren Beitrag zur Entwicklung und Sicherheit der östlichen Grenzregionen zu erörtern. Der erste Dialog auf hoher Ebene wird am 26. Februar 2026 stattfinden.